

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abonnementpreis: Die monatlich gepostete Monatszeitung oder deren  
Hälfte 35 Pf., für Familienkreise 20 Pf., für die Postzeitung (anlässlich  
des dreijährigen Teil einer Zeitungs) 1,00 RM. Anzeigen-Annahme nur  
Montags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2  
Werbungpreis: Bei Haus monatlich 2,50 RM (schl. im voraus), durch  
die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Für „Arbeiterstimme“ erfolgt Ab-  
rechnung nach dem Monat und die Zeitungen. In Fällen höherer Gebalts beträgt kein  
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Werbepreises.  
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Re-  
daktion: Güterbahnhofstr. 1, Postamt 17 200. Postfachkonto: Dresden 18 690.  
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr  
betriebl. und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 16-17 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 17. September 1930 Nummer 217

## Sturm gegen Brüning-Diktatur!

Nieder mit der Regierung des Steuerraubs und ihren faschistischen Trostnechten:  
Nieder mit den Koalitionsverhandlungen der SPD-Führer!

### Der Angriff der Unterstützungsräuber beginnt!

Die Unterstützungsdauer soll von 26 auf 16 Wochen gekürzt werden

Berlin, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.)  
In den Regierungskanzleien der Wilhelmstraße werden jetzt  
überall die „Reformen“ ausgearbeitet, die schon am 14. Oktober  
dem Reichstag vorgelegt werden. Nach zuverlässigen Infor-  
mationen enthalten diese „Reformen“ weitere radikale Ver-  
sicherungen der Arbeitslosenversicherung.  
Es wird der ungeheure Plan erwogen, die Unterstützungsdauer  
in der Arbeitslosenversicherung von 26 Wochen auf  
16 Wochen zu kürzen. Die 400 Millionen Mark Defizit,  
das bis Ende dieses Jahres in der Arbeitslosenversicherung  
geschwunden war, sollen durch die Herabsetzung der Unterstützungsdauer  
auf 16 Wochen „eingespart“ werden.

Für alle Getränke müßten die Steuerhöhe gleich sein. Also:  
Wein, Pils, Sekt, Champagner, die Getränke der Reichen,  
sollen nicht höher besteuert werden als Tee, Kaffee, Bier, Selter-  
wasser usw.  
In einer weiteren Verordnung zur Erhebung der Kopf-  
steuer wird verfügt, daß für beide Ehegatten die Bürgersteuer  
nur auf die Steuerkarte des Ehemannes angefordert wird. Ver-  
läßt die Beirteilung für den Ehemann fruchtlos, wie z. B. bei  
Erwerbslosigkeit, so ist die Bürgersteuer für beide Ehe-  
gatten nachträglich von der Ehefrau anzufordern und ein-  
zuziehen.

### Sturmzeichen in Deutschland

Die Moskauer „Pravda“ zum Wahlergebnis

Moskau, den 16. September 1930.  
In ihrem Leitartikel, betitelt: „Die Entwicklung der revo-  
lutionären Krise in Deutschland“, nimmt die „Pravda“ in fol-  
gender Weise Stellung zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen:  
Die Wahlen in Deutschland vom 14. September sind von  
historischer Bedeutung. Am Musterbeispiel eines großen kapi-  
talistischen Landes ziehen sie die Bilanz der ersten Entwid-  
lungsetappe der Weltwirtschaftskrise. Sie sind ein starker  
Impuls der weiteren Zerrüttung der kapitalistischen  
Stabilisierung in Europa. Sie signalisieren das neue, unerhörte  
rasche Entwicklungstempo des Klassenkampfes und die Revolu-  
tionierung der werktätigen Massen Deutschlands.

Mehr als 4,5 Millionen Wähler für die Kommunistische  
Partei, das bedeutet, daß etwa 4 Millionen Industriearbeiter  
(Betriebsarbeiter und Erwerbslose) ihre Bereitschaft kundgeben,  
unter der Führung der Kommunistischen Partei für ein Soziet-  
deutschland zu kämpfen: Ein Mehr von nahezu einer Million  
Stimmen gegenüber den Wahlen vom Mai 1924, die noch in  
einer Situation der Nachkriegskrise stattgefunden haben. 35 Pro-  
zent mehr als bei den letzten Wahlen. Spricht dieser glänzende  
Sieg der Kommunistischen Partei in den wichtigsten Industrie-  
zentren, im Ruhrgebiet, Oberschlesien usw. nicht besonders wach-  
sig von einer raschen Revolutionierung der Massen?

Einen riesigen Zuwachs haben die Nationalsozialisten er-  
zielt. Dieser Erfolg der Faschisten ist von doppelter Bedeutung.  
Er bedeutet einerseits einen vorübergehenden Erfolg der Bour-  
geoisie bei ihren Versuchen, die sich radikalierenden Massen vom  
revolutionären Weg des Kommunismus zurückzuhalten. Er be-  
deutet andererseits, daß Millionen Wähler — Gewerbetreibende,  
Landarbeiter, häßliche Kleinbourgeoisie und Angestellte, er-  
werbslose Arbeiter und zum Teil auch Betriebsproletariat, ins-  
besondere Jugendliche, indem sie für die Faschisten stimmten, den  
verlogenen antikapitalistischen Lösungen gefolgt sind. Denn sie  
haben für sie als für die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“  
gestimmt, haben den Faschisten als angeblichen Kämpfern für  
die soziale Befreiung der Massen, für die Abschüttelung des  
Joches des Versailles Vertrages und des Youngplanses Glauben  
geschenkt. Millionen nationalsozialistischer Wähler sind Mil-  
lionen Werttätige, die nicht nach altem Herkommen leben  
wollen und nach einem neuen Weg suchen. Der Riesener-  
folg der Faschisten ist ein schlagender Beweis des Zer-  
falls der bürgerlichen Ordnung in Deutschland.

Die Sozialdemokraten haben trotz erheblich höherer Zahl  
der abgegebenen Stimmen und trotz dem Niedergang eines  
Teiles der demokratischen Wähler (zum Teil Mitglieder der  
Hirsch-Dunkerischen Werkvereine und anderer) zu den Sozial-  
demokraten, insgesamt 600.000 Stimmen eingebüßt. Das be-  
deutet, daß die Sozialdemokratie mehr als eine Million  
Arbeiterstimmen verloren hat. Es bedeutet, daß die So-  
zialdemokraten in Berlin, im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in  
Halle und anderen Industriebezirken politisch schwächer  
sind als die Kommunistische Partei. Es bedeutet, daß sich ein  
weltwichtiger Prozeß beschleunigter Abkehr der  
Industriearbeiterschaft von der Sozialdemokratie voll-  
zieht.

Der Zerfall der alten bürgerlichen Parteien liegt auf der  
Hand. Mit Ausnahme der Nationalsozialisten und des Zen-  
trums haben alle bürgerlichen Parteien Millionen von Stimmen  
eingebüßt. Die Volkspartei, die Hauptpartei des monopolistischen  
Kapitals, die sich jahrelang breite Schichten der Angestellten und  
der städtischen Intellektuellen wahren konnte, ist jetzt auf die  
Stufe einer Partei zweiten Ranges gesunken. Noch größeren  
Stimmenerlust haben die Deutschnationalen erlitten. Diese

weitere Zehntausende von sozialdemokratischen Arbeitern  
um unser Banner zu sammeln.  
Jetzt kein Nachlassen in unserer Agitations- und Organisations-  
arbeit zur Schließung der revolutionären Einheitsfront!  
Jetzt erst recht müssen die Kommunisten, alle Klassenbewußten  
Arbeiter die Fahne der revolutionären Massen-  
aktion höher erheben.

### Neue unerhörte Verordnung zur Getränke- und Kopfsteuer

Dresden, 17. September.  
In einer Verordnung der Brüning-Regierung  
wurde bereits vor den Wahlen erlassene Diktatursteuern wird  
den Gemeinden verboten, bei Einführung der Getränke-  
steuer eine Staffelung bei den Luxusgetränken einzuführen.

### Berliner Nazis und SPD gegen Steuerstreit

Berlin, 17. September.  
In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wandten sich sämt-  
liche Parteien, von der SPD bis zu den Nazis,  
gegen die Beratung des kommunistischen Antrages auf Durch-  
führung des Steuerstreits und eines Kampfes gegen  
die Brüning'sche Diktaturverordnung. Durch Obstruktion ver-  
hinderte die kommunistische Fraktion die Fortführung der  
Sitzung.

## Der Gegenangriff der Kommunisten!

Wider Brüning! Nieder die Diktaturverordnung! Unterstützung für die Erwerbslosen!

Am dritten Tag nach der Reichstagswahl hat der sozial-  
demokratische Ausschuss zur Wahrung der  
Verfassung die Diktaturverordnung über die Aufhebung des Steuerabzuges vom  
Einkommen der selbstständigen Wertpapierbesitzer zum Inhalt  
und mit einem Schreiben des Reichsinnenministers Wirth  
an die Gewählleitung der Reichstagswahl beauftragt. Daß sich  
dieser Ausschuss drei Tage nach der Wahl — so will es der  
Ausschussrat heute — mit der Gewählleitung der Reichstags-  
wahl beauftragt, ist einfach grotesk. Bei der Aufhebung des  
Steuerabzuges vom Kapitalertrag dagegen handelt es sich um  
die Interessen der Besitzenden, und das in einer Zeit,  
in der Arbeiter, Angestellte und der kleine Mittelstand Notopfer  
des Kapitalismus bringen sollen.

Diese Forderungen der kommunistischen Reichstagsabgeord-  
neten werden in den werktätigen Massen starken Widerhall fin-  
den. Es gilt, unter Führung der Kommunistischen Partei den  
Kampf gegen die Hungerdiktatur zu führen.

Die kommunistische Partei ruht nicht auf ihren Vorbeeren  
aus. Ihr Wahlsieg verpflichtet sie doppelt, den Kampf parla-  
mentarisch und außerparlamentarisch um Freiheit und Brot fort-  
zuführen. Wie hier unsere Reichstagsfraktion gegen den Dik-  
taturantrag und seine Notverordnungen vorstößt, so muß es er-  
neut in allen Parlamenten der Gemeinden durch  
unsere Genossen geschehen. Steuerstreit, Streikämpfe gegen  
Lohnraub und Entlassungen, Massendemonstrationen für Ar-  
beitsbeschaffung sind die außerparlamentarischen Kampfmittel  
der gegenwärtigen Etappe des proletarischen Kampfes gegen die  
Hungerdiktatur.

Während die Kommunisten entschlossen den Kampf nach  
den Wahlen weiterführen, ihn auf eine höhere Stufe  
erheben, feilschen, wie wir voraussetzten, die Nazis und  
die SPD-Führer um Ministerposten.

Einen Tag nach der Wahl haben die Mannen der Hüter und  
Goebbels im Dresdener Stadtparlament unseren An-  
trag gegen die Diktatursteuer niedergestimmt. In ihrer Presse  
ist kein Wort mehr gegen die Young-Planerei, gegen die Aus-  
beuter, gegen die parlamentarische Korruption zu finden.

Die SPD-Führer haben ebenfalls ihre Bereitschaft zur  
Koalition erklärt. Am ihrer Fleischtöpfe in Dresden wollen  
sie bereit, das Diktatur-Regime der Brüning-Hindenburg  
direkt oder indirekt zu unterstützen.

Eine selten günstige Gelegenheit bietet sich uns, auf der  
Grundlage dieses Verrates und der weiteren Mächtigungen der  
Bourgeoisie und ihrer faschistischen Trosttrüchse.

- 1. daß die Regierung Brüning sofort zu verschwinden  
hat. Das Wahlergebnis am Sonntag war eine vernichtende  
Verurteilung der Politik der Brüning-Regierung.
- 2. Die Notverordnungen vom 26. Juli, enthaltend: Kopfsteuer,  
Einkommensteuer, Beamtenopfer, Abbau der Erwerbslosen-  
versicherung, Abbau der Krankenversicherung und Abbau der  
Kriegsopferversorgung, sind mit sofortiger Wirkung aufzu-  
heben.
- 3. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Dik-  
taturbestimmungen dieser Notverordnung zur Wehre gesetzt  
und ihre Durchführung verweigert haben oder verweigern,  
sind aufzuheben.
- 4. Den Gemeinden sind sofort vom Reich 300 Millionen Mark  
zur Unterstützung der ausgebeuteten Wohlfahrtsarbeiter-  
losen zur Verfügung zu stellen.
- 5. Der neu gewählte Reichstag ist sofort, spätestens innerhalb  
8 Tagen, einzuberufen.

„Gigant“ der Zeuge des gewaltigen sozialistischen Aufbaues, rollt morgen, Donnerstag abend 19.30 Uhr, in der  
öffentl. Mitgliederversammlung der KPD im Kristallpalast  
Schäfersstraße / Die Roten Wahlhelfer, die Jugend, die Mitglieder der Antifaschistischen Arbeiterwehr  
u. des Roten Frauen- u. Mädchen-Bundes müssen anwesend sein / Eintritt frei! Bezirksleitung der KPD